

Themenblätter im Unterricht/Nr. 63



Akteure in der Politik

— Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (31 Stück) und Hinweise für den Einsatz im Unterricht



VORAB



— Zu den Autoren



Robby Geyer, geb. 1978, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte Südsiens und Erwachsenenbildung in Heidelberg und Kaiserslautern; seit 2001 als freier Referent in der politischen Bildung tätig. Arbeitsschwerpunkte: Staat und Gesellschaft in Deutschland, Europäische Integration, Globalisierung, Freiheit und Sicherheit, Indien sowie Evaluation in der politischen Bildung.

— Impressum

— **Herausgeberin:** Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de
— **E-Mail der Redaktion:** moeckel@bpb.de
(keine Bestellungen!)

— **Autor:** Robby Geyer
— **Redaktion:** Iris Möckel (verantwortlich), Frithjof Goetz
— **Gestaltung:** Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
— **Titelillustration:** Leitwerk, Cornelia Pistorius
— **Druck:** Mareis Druck, Weißenhorn
— **Papier:** Schneidersöhne, PlanoNature FSC

FSC-Gütesiegel

— **Urheberrechte:** Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert bezeichneten Fotos, Grafiken und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

— **Haftungsausschluss:** Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

— **Zweite Auflage:** Mai 2009, ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.956 (siehe Bestellcoupon auf der letzten Seite)

— Neu ab Sommer 2009!

Wahlen für Einsteiger
Arbeitsmappe mit 20 Arbeitsblättern



— Inhalt

Vorab: Impressum, Zu den Autoren, Lieferbare Themenblätter im Unterricht

Lehrerblatt 01–06: Anmerkungen für die Lehrkraft / Kopiervorlage

Arbeitsblatt A/B: Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (31 Stück)

zum Thema: „Akteure in der Politik“

Hinweise: Weiterführende Literatur und Internetadressen

Rückseite: Fax-Bestellblatt

— Lieferbare Themenblätter im Unterricht

- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion. Bestell-Nr. 5.352
Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn. Bestell-Nr. 5.355
Nr. 10: Wer macht was in Europa? (neu 2006) Bestell-Nr. 5.360
Nr. 22: Lust auf Lernen. (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.372
Nr. 23: Koalieren und Regieren. (neu 2005) Bestell-Nr. 5.373
Nr. 33: Internet-Sicherheit. Bestell-Nr. 5.383
Nr. 37: 20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.387
Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern? Bestell-Nr. 5.390 (Restauflage)
Nr. 44: Soziale Gerechtigkeit – Utopie oder Herausforderung? (neu 2008) Bestell-Nr. 5.394
Nr. 46: Europa in guter Verfassung? Bestell-Nr. 5.396
Nr. 47: Die Türkei und Europa. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.940
Nr. 48: Politische Streitkultur. Bestell-Nr. 5.941
Nr. 49: Sport und (Welt-)Politik. Bestell-Nr. 5.942
Nr. 53: Wehr(un)gerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.946
Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.947
Nr. 55: Baukultur und Schlossgespenster. Bestell-Nr. 5.948
Nr. 58: Wie christlich ist das Abendland? Bestell-Nr. 5.951
Nr. 59: Gleiche Chancen für Anne und Ayshe? Bestell-Nr. 5.952
Nr. 60: Deutschland für Europa. Bestell-Nr. 5.953
Nr. 61: Friedenschancen im Nahen Osten? Bestell-Nr. 5.954
Nr. 62: Unterschicht in Deutschland? Bestell-Nr. 5.955
Nr. 63: Akteure in der Politik. (neu 2009) Bestell-Nr. 5.956
Nr. 64: Urteil und Dilemma. Bestell-Nr. 5.957
Nr. 65: Europa der 27. Bestell-Nr. 5.958
Nr. 66: Mitmischen: Neue Partizipationsformen. Bestell-Nr. 5.959
Nr. 67: Inländisch, ausländisch, deutschländisch. Bestell-Nr. 5.960
Nr. 68: Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet. Bestell-Nr. 5.961
Nr. 69: Olympialand China. Bestell-Nr. 5.962
Nr. 70: US-Präsidentschaftswahl 2008. Bestell-Nr. 5.963
Nr. 71: Mobilität und Umwelt. Bestell-Nr. 5.964
Nr. 72: Welche EU wollen wir? (Nachdruck 2009) Bestell-Nr. 5.965
Nr. 73: Klimagerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.966
Nr. 74: Terrorabwehr und Datenschutz. Bestell-Nr. 5.967
Nr. 75: Bedrohte Vielfalt – Biodiversität. Bestell-Nr. 5.968
Nr. 76: Wasser – für alle!? Bestell-Nr. 5.969
Nr. 77: Armut – hier und weltweit. Bestell-Nr. 5.970
Nr. 78: Der Bundestag – Ansichten und Fakten. Bestell-Nr. 5.971

Sämtliche Ausgaben im Internet, auch die vergriffenen, in Farbe und Schwarz-Weiß:
www.bpb.de/themenblaetter

— Jetzt bestellen! pocket kultur



Kultur ist vielfältig! Vom Buch zum Film über Musik zur Malerei sowie Zahlen und Fakten über den Kulturbetrieb! Dazu finden Sie kurze Lexikon-einträge im Hosentaschenformat (Bestell-Nr. 2.556).

In der „pocket“-Reihe sind außerdem erschienen:

pocket politik (Bestell-Nr. 2.551)
pocket wirtschaft (Bestell-Nr. 2.552)
pocket global (Bestell-Nr. 2.553)

pocket europa (Bestell-Nr. 2.554)
pocket zeitgeschichte (Bestell-Nr. 2.555)
pocket recht: ab Herbst 2009

www.bpb.de/pocket

Akteure in der Politik

von Robby Geyer

LEHRERBLATT

01

„Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“ Max Weber, Soziologe, 1864-1920

„Politik zu machen“ bedeutet das zeitaufwendige Ringen um Kompromisse, an dessen Ende Gesetze, Verordnungen oder Regelungen stehen, die ein öffentliches Problem (im Idealfall langfristig) lösen.

Das Ausformulieren und Füllen politischer Entscheidungen ist nicht die Aufgabe einzelner Akteure, sondern ein Prozess, an dem eine Vielzahl von Institutionen und Organisationen beteiligt sind. Die Staatsorgane, aber auch Parteien, Lobbygruppen und Medien haben trotz ihrer Unterschiede eines gemeinsam: Sie alle sind Akteure innerhalb des politischen Prozesses. Diese Vielfalt kann dazu führen, dass Entscheidungen manchmal etwas länger dauern; doch gleichzeitig wird sichergestellt, dass bei der Politikgestaltung möglichst viele Interessen und Anliegen berücksichtigt werden.

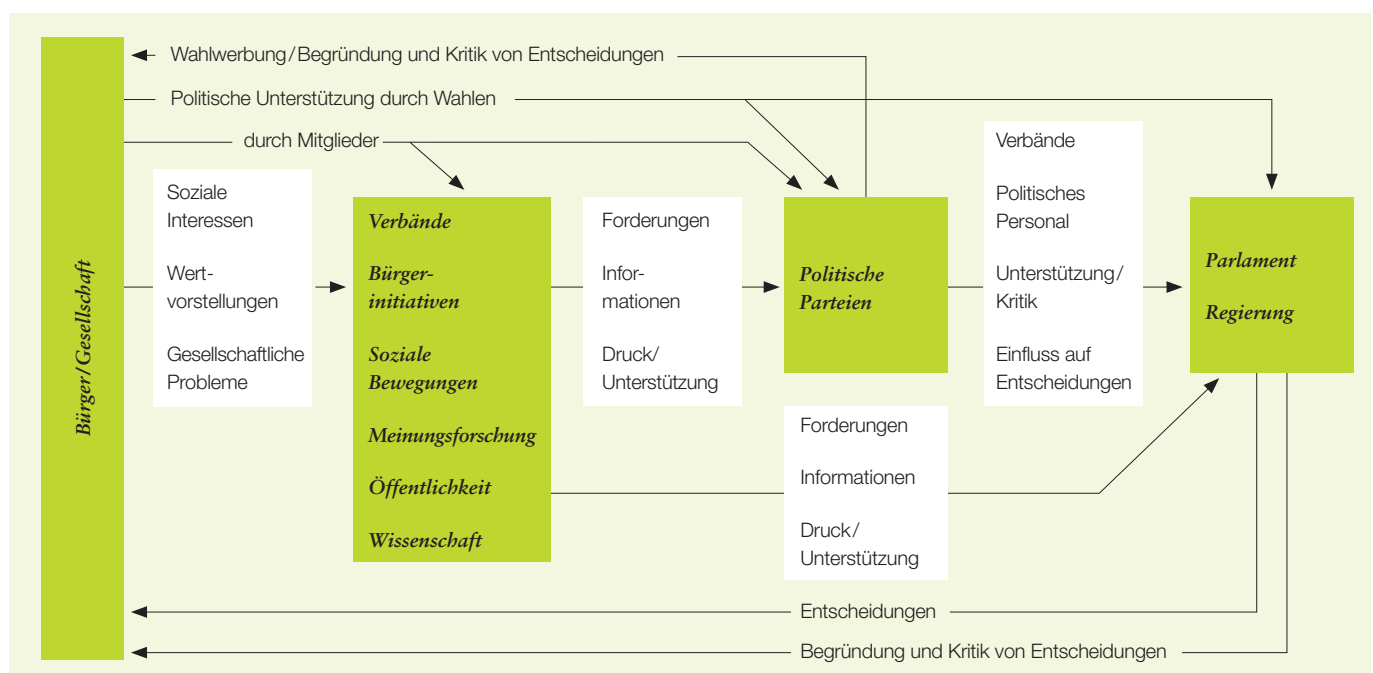
Der Erfolg von Politik wird immer an ihren Ergebnissen gemessen. Für ein ausgewogenes Urteil reicht es jedoch nicht, sich nur mit den Resultaten zu beschäftigen. Wichtig ist auch die Frage, was eigentlich während des Entscheidungsprozesses passiert. Dann kann man sehen, dass Politik nicht gleich Politik ist. Dass es verschiedene politische Akteure gibt, die unterschiedliche **Positionen** vertreten, die unterschiedlichen **Parteien** angehören oder die unterschiedliche **Aufgaben** wahrnehmen. Hinzukommen wirtschaftliche und gesellschaftliche Gruppen, die versuchen, **die Politik zu beeinflussen**. Auch sie haben ganz bestimmte Vorstellungen, welche Gesetze gut oder schlecht für ihre Interessen sind.

Das Themenblatt öffnet den Blick für oftmals versteckte oder nicht wahrgenommene Prozesse in der Politik.

♂ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

— Tipp: Spielregeln von „Tabu“

Vor dem eigentlichen Spiel fertigen die Schüler in Kleingruppen die Spielkarten an. Darauf sollen der gesuchte Begriff sowie fünf Wörter vermerkt sein, die bei der Umschreibung nicht verwendet werden dürfen. Anschließend bilden die Spieler Teams. Immer ein Jugendliebt zieht jeweils eine Karte und umschreibt dann den vorgegebenen Begriff, den die Teams erraten müssen. Dabei darf er die fünf Wörter nicht verwenden, die zudem auf der Karte stehen. Ob diese Regel eingehalten wird, wird von einem Schiedsrichter (z.B. Lehrer) überwacht. Welches Team innerhalb einer bestimmten Zeit die meisten Begriffe errät, gewinnt. Die jeweilige Spielzeit kann mit Hilfe einer Sanduhr, eines Kurzzeitweckers oder einer Stoppuhr vom Schiedsrichter überwacht werden. Außerdem sollte er pro Team die erratenen Begriffe notieren.



Quelle: Wolfgang Rudzio: Die organisierte Demokratie. Parteien und Verbände in der Bundesrepublik, Stuttgart 1977, S. 160, © Leitwerk

LEHRERBLATT

02

— Argumente für und gegen einen
verkaufsoffenen Sonntag**Pro-Argumente**

- Marktwirtschaft regelt das von selbst (freier Markt)
- Selbstbestimmung der Ladenbesitzer
- bessere Einkaufsmöglichkeiten
- gemeinsames Einkaufen mit der ganzen Familie
- Sicherung von Arbeitsplätzen
- mehr Einnahmen/mehr Umsatz in den Geschäften
- Aufheben von Ausnahmen und Monopolstellungen (z.B. Einkaufen an Tankstellen)
- in zahlreichen Berufen wird bereits am Sonntag gearbeitet

Contra-Argumente

- zusätzliche Belastung für Arbeitnehmer (Verkäufer)
- geht zu Lasten von Familien und sozialen Kontakten
- Sonntag wichtig für Ruhe, Erholung und Besinnung
- kaum mehr Einnahmen; verteilen sich nur neu über die Woche
- Vorteile für Handelsketten und Einkaufszentren
- Belebung der Innenstädte und nicht für kleine Geschäfte
- kaum Belebung der Innenstädte, weil die großen Märkte eher außerhalb der Stadt sind
- arbeitsfreier Sonntag als Kulturgut und christlicher Wert

Die Argumente können den jeweiligen Interessengruppen (Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Käufern, Jugendlichen, Älteren, Kirche, Familie) zugeordnet werden. Anschließend könnte man z.B. den Gesetzgebungsprozess rekapitulieren (siehe pocket politik, 4. Auflage 2006, Seite 80 f.: Dort findet sich auch ein Schaubild als Muster für ein Tafelbild).

— Macht

Macht kann als die Chance verstanden werden, innerhalb sozialer Beziehungen seinen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen. Dabei ist es egal, worauf diese Chance beruht. Macht wird demnach als die Möglichkeit zum effektiven Handeln gesehen und an der Durchsetzungsfähigkeit des jeweiligen Akteurs gemessen. Macht ist weiterhin ein Kommunikationsmittel, mit deren Hilfe Prozesse gesteuert und beeinflusst werden. Oftmals kann beobachtet werden, dass bestimmte Gruppen als weitaus mächtiger eingeschätzt werden (fiktive bzw. gefühlte Macht), als sie es tatsächlich sind.

— Zu den Aufgaben auf Arbeitsblatt A

Vielfalt der Akteure (zu Aufgabe 1)

Die erste Übung soll verdeutlichen, welche Akteure in den politischen Prozess eingreifen (nämlich alle genannten). Weitere Beispiele können die Schüler finden (Zeitungsartikel, Fernsehnachrichten, politische Journale, Internet). Die Jugendlichen sollen sich in einem zweiten Schritt mit diesen Organen, Institutionen und Gruppen vertraut machen und sich überlegen, welche Aufgaben diese im Allgemeinen übernehmen. Mit dem „Tabu-Spiel“ (↑ Tipp-Kasten auf Lehrerblatt 01) können die Aufgaben verschiedener Akteure und deren Rolle im politischen Prozess (aus Aufgabe 1) beschrieben und so durch Wiederholung gefestigt werden. Auf Grundlage dieser Aufgabe und mit Hilfe der Informationen über das Ladenschlussgesetz sollen die Schüler ein eigenes Schaubild erstellen, das verdeutlicht, wie und an welcher Stelle des politischen Prozesses die jeweiligen Akteure wirken (vgl. Schaubild auf Lehrerblatt 01).

Einstellung der Jugendlichen zur Politik (zu Aufgabe 2)

Seit 1953 gibt es die **Shell-Studien**. Alle vier Jahre wird anhand von 2500 Interviews die Situation der Jugendlichen in Deutschland untersucht. Gefragt wird nach Meinungen, Wünschen, Hoffnungen und Ängsten (siehe Tabelle 1). Es zeigt sich, dass das Vertrauen in Gerichte am größten und in die Parteien am geringsten ist. Sogar zwei der wichtigsten Interessengruppen (Unternehmerverbände und Gewerkschaften) erhalten leicht bessere Werte als die Bundesregierung und die Parteien.

In Tabelle 2 ist die Zustimmung bzw. Ablehnung der Jugendlichen zu bestimmten politischen Aussagen aufgeführt. Hier ist die Skepsis der Jugendlichen gegenüber der Parteipolitik deutlich zu erkennen. Dies hängt auch mit dem geringen Vertrauen in die Parteien zusammen. Große Zustimmung findet die Aussage, dass zu einer Demokratie eine funktionsfähige Opposition gehört. Zudem erhält der Satz, dass die Politik durch wenige Mächtige bestimmt wird, vergleichsweise viel Zuspruch. Die Schüler haben im Arbeitsblatt die Möglichkeit, zum einen zu entscheiden, welchen Institutionen sie vertrauen oder nicht, und andererseits zu den verschiedenen Aussagen Stellung zu nehmen. Danach können sie ihre Ergebnisse mit denen der Shell-Jugendstudie vergleichen und erläutern, warum sie sich im Einzelfall so entschieden haben. Schließlich können sie innerhalb der Klasse darüber diskutieren.

— Tabelle 1: Wieviel Vertrauen haben Sie in die folgenden Institutionen?

Institutionen/Gruppierungen	2006*	2002*
Gerichte	3,5	3,5
Umwelt/Menschenrechtsgruppen	3,4	3,4
Europäische Union (EU)	3,1	k.a.
Gewerkschaften	3,0	3,1
Bundesregierung	2,8	2,8
Unternehmerverbände	2,9	2,7
Parteien	2,6	2,5

* möglich sind Werte zwischen 1 (sehr wenig Vertrauen) und 5 (sehr viel Vertrauen)

— Tabelle 2: Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu, welche lehnen Sie ab?

Aussagen	Gesamt*	West*	Ost*
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.	4,8 (4,7)	4,8 (4,8)	4,7 (4,6)
Die Politiker sind nur daran interessiert, gewählt zu werden und nicht daran, was die Wähler wirklich wollen.	4,5 (4,4)	4,4 (4,4)	4,5 (4,6)
Ich glaube nicht, dass sich die Politiker darum kümmern, was Leute wie ich denken.	4,4 (4,3)	4,3 (4,2)	4,5 (4,4)
Bei uns gibt es nur wenige Mächtige, alle anderen haben wenig Einfluss darauf, was die Regierung wirklich tut.	4,1 (3,9)	4,0 (3,9)	4,1 (4,0)
Parteipolitik ödet mich an	3,8 (3,9)	3,8 (3,9)	3,8 (3,9)

* möglich sind Werte zwischen 1 (trifft überhaupt nicht zu) und 6 (trifft voll und ganz zu); Werte in Klammern stammen aus 2002

Quelle (für beide Tabellen): Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006: Eine pragmatische Generation unter Druck, 15. Shell-Jugendstudie, Frankfurt/M. 2006

— Zu den Aufgaben auf Arbeitsblatt B

Gewaltenteilung (zu Aufgabe 3)

Durch die Gewaltenteilung wird die politische Herrschaft auf verschiedene Säulen verteilt, um Machtmissbrauch vorzubeugen und den Schutz der privaten und politischen Freiheit der Bürger zu garantieren. In parlamentarischen Regierungssystemen gibt es heute keine scharfe Trennung zwischen Exekutive und Legislative mehr. Hier spricht man von einem „**neuen Dualismus**“ zwischen Regierung und der sie tragenden Mehrheit im Parlament einerseits und der Opposition andererseits.

Zu den Begriffen Legislative, Exekutive und Judikative siehe grünen Kasten „Gewaltenteilung“. Um zu zeigen, dass sie das Prinzip der Gewaltenteilung verstanden haben, sollen die Schüler danach verschiedene Institutionen den drei Gewalten zuordnen. Dabei wird deutlich, dass die Gewaltenteilung den Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen durchzieht.

Lösung (zu Aufgabe 3)

Legislative = Bundestag, Landtag, Bundesrat

Judikative = Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Oberlandesgericht

Exekutive = Rest

Die **Parteien** nehmen im politischen System der Bundesrepublik eine besondere Stellung ein. Sie sind unter den verschiedenen Akteuren diejenigen, die per Verfassungsauftrag (Art. 21 Abs.1 Grundgesetz) an der politischen Willensbildung mitwirken. Diese herausragende Rolle lässt sich auch daran erkennen, dass Parteien durch den Staat mitfinanziert werden.

Parteien erfüllen weitaus mehr und für das politische System auch wichtigere Aufgaben als die Interessenverbände. Deshalb wird auch oftmals von einer „**Parteiendemokratie**“ gesprochen. Dieser Begriff wird einerseits wertneutral gebraucht, andererseits kann er aber auch die Kritik an einer zu starken Rolle der Parteien bedeuten (↑ Parteienquiz auf der Kopiervorlage 01). In der Tat haben die Parteien einen großen Einfluss auf die Politik, jedoch spricht man in Bezug auf die Bundesrepublik von einem „politischen System mit parteienstaatlichen Zügen“. Während in der alten Bundesrepublik bis in die 1980er Jahre vier Parteien (CDU, CSU, SPD und FDP) die Parteienlandschaft prägten, kamen später die Grünen, die die Themen Umwelt, Gleichberechtigung und Pazifismus besetzen, hinzu. Der spezifisch ostdeutsche Beitrag zum gesamtdeutschen Parteiensystem nach 1989 ist die PDS (heute Die Linke). Somit kann mittlerweile von einem Fünf-Parteiensystem gesprochen werden (die Schwesterparteien CDU und CSU werden als „Union“ zusammengefasst). Insbesondere die großen Parteien leiden an Mitgliederschwund. Seit 1990 ist die SPD um rund 400.000 und die CDU um etwa 250.000 Mitglieder geschrumpft. 1990 waren noch 3,8 Prozent der Wahlberechtigten in Parteien organisiert, und 2007 nur noch 2,3 Prozent.

Lobbyismus (zu Aufgabe 4)

Zu einer Demokratie gehört es, dass frei organisierte Gruppen und ihr Einfluss auf die Politik akzeptiert werden und deren Stellungnahmen als zusätzliche Informationsquellen sogar erwünscht sind. Solche Lobby-Gruppen, deren Zahl in Deutschland auf etwa 14.000 geschätzt wird, dürfen ihre wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interessen frei artikulieren. Beim Deutschen Bundestag sind 2.058 solcher Gruppierungen registriert (Stand 06.02.2009). 1995 waren es noch 1.538. Die meisten solcher Verbände gibt es in den Bereichen Arbeit und Wirtschaft sowie Gesundheit und Soziales. Die größten Einzelverbände sind der DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund, etwa 27 Mio. Mitglieder) und der ADAC (Allgemeiner Deutscher Automobilclub, über 15 Mio. Mitglieder). Im Gegensatz zu den Parteien ist der Organisationsgrad der Interessengruppen deutlich höher, wenngleich er auch hier in den letzten Jahren abgenommen hat. Bei den Gewerkschaften z.B. sank er von ca. 17 (1976) auf 9 Prozent (2006).

Die Diskussion, was das Beste für das Land ist (**Gemeinwohl**), wird offen geführt und nicht allein durch die Politik bestimmt. Das Gemeinwohl ist somit das Ergebnis von Diskussionen, die nach demokratischen Prinzipien geführt werden. Die Einbindung von Lobby-Gruppen in den politischen Entscheidungsprozess führt dazu, dass politische Entscheidungen eine **vergrößerte Legitimationsbasis** haben.

LEHRERBLATT

03

— Macht in der Politik

Auch die demokratisch legitimierte politische Herrschaft, die vom Volk für eine bestimmte Zeit an politische Gruppierungen übertragen wird, beruht auf Machtbeziehungen. Wie bei einem Vertrag ist die Bevölkerung demnach aus rationalen Gründen bereit, politische Macht anzuerkennen, wenn sie dafür Leistungen des Staates (z.B. Schutz von Leben und Eigentum, Sozialleistungen) erhält. Neben einer institutionellen Begrenzung der Macht durch die Gewaltenteilung schützen auch die Menschen- und Grundrechte vor Machtmissbrauch, weil alle politischen Entscheidungen mit ihnen in Einklang stehen. Weiterhin führt auch der Einfluss externer Machtfaktoren (Medien und Verbände) dazu, dass die Macht der Politik begrenzt wird.

— Gewaltenteilung

*Gemeinhin meint Gewaltenteilung die Unterscheidung der Staatsorgane nach **Exekutive** (ausführende Gewalt), **Legislative** (gesetzgebende Gewalt) und **Judikative** (rechtsprechende Gewalt). Neben dieser so genannten **horizontalen Gewaltenteilung** weisen Länder mit ausgeprägten föderalen (bundesstaatlichen) Elementen auch eine **vertikale Gewaltenteilung** auf, indem die Staatsaufgaben auf Bund, Länder und Kommunen aufgeteilt werden.*

— Parteien

*Politische Parteien sind freiwillige, demokratisch organisierte Zusammenschlüsse von Gleichgesinnten, die sich an **Wahlen beteiligen** und dafür kämpfen, so viele Stimmen wie möglich zu bekommen. Dadurch erhalten sie die Möglichkeit, ihre politischen Vorstellungen (z.B. Wahlprogramm) umzusetzen. Über diese Minimalaufgabe hinaus haben Parteien auch eine **Rekrutierungsfunktion** hinsichtlich der Auswahl des politischen Personals. Weiterhin formulieren sie aufgrund ihrer Ausrichtung politische Programme (**Zielfindungsfunktion**), mit denen sie versuchen, so viele Wähler wie möglich zu mobilisieren (**Mobilisierungsfunktion**).*

— Tipp: Karikaturen-Interpretation

Zur Interpretation von Karikaturen siehe Methoden-Kiste der Bundeszentrale für politische Bildung.

www.bpb.de/publikationen > Thema im Unterricht

LEHRERBLATT

04

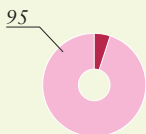
— Aufgaben der Medien

Die Massenmedien, deren Handeln durch die Pressefreiheit geschützt ist, haben erstens eine **Informationsfunktion**. Sie gewährleisten, dass sich der Einzelne frei und nach seinen Vorlieben über (politische) Ereignisse informieren kann. Zweitens wirken sie daran mit, dass sich die Bevölkerung, ihre Meinung über politische Vorgänge und Entscheidungen bilden kann (**Meinungsbildungsfunktion**). Weiterhin haben die Medien die Aufgabe, die Politik kritisch zu begleiten und politisches Handeln zu hinterfragen (**Kontroll- und Kritikfunktion**). Zusätzlich haben die Medien auch Interesse daran, ihr Publikum zu unterhalten (**Unterhaltungsfunktion**), und sie wollen natürlich auch – zumindest mit einem Teil ihres Programms – einen Bildungsauftrag wahrnehmen (**Bildungsfunktion**).

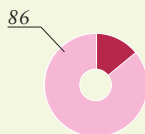
— Mediennutzung

Damit beschäftigen sich ... Prozent der Befragten (ab 14 Jahren) mehrmals in der Woche

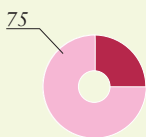
Fernsehen



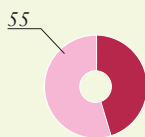
Radio hören



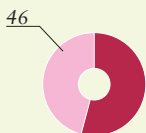
Zeitung lesen



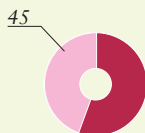
CD hören



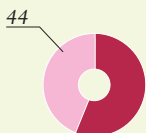
Zeitschriften lesen



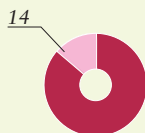
Internet nutzen



Bücher lesen



Videos/DVDs ansehen



Quelle: Media Perspektiven / MA 2006,
© Erich Schmidt Verlag 530 060 / Leitwerk

Dem entgegen wird in der Bundesrepublik von Zeit zu Zeit darüber diskutiert, wie groß der **Einfluss von Einzelinteressen** auf die Politik ist. In der Tat ist es problematisch, wenn eine Interessengruppe erfolgreicher als die anderen die Politik beeinflusst. Fakt ist aber auch, dass die Lobby-Gruppen der Politik Wissen zur Verfügung stellen, welches für die Entscheidungsfindung sehr wertvoll sein kann. Um für Transparenz zu sorgen, veröffentlicht der Bundestagspräsident regelmäßig eine Liste der Verbände und Vereinigungen, die im Deutschen Bundestag eingetragen sind.

Über lange Zeit waren hauptsächlich Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Kirchen und Bauernverbände als Lobbyisten tätig. Später kamen neue Lobby-Gruppen, wie die **Nicht-Regierungsorganisationen** (z.B. Greenpeace oder amnesty international), und hoch spezialisierte Interessengruppen, wie die gesetzlichen und privaten Krankenkassen, Ärztevertreter und Patienten²²gruppen in der Gesundheitspolitik, hinzu. Aber auch Dachverbände von Sportvereinen oder der ADAC betreiben Lobbyarbeit.

Mit Hilfe einer Karikatur sollen sich die Jugendlichen überlegen, wie Lobby-Gruppen konkret die Politik beeinflussen. Danach geht es darum, eigene Beispiele für solche Interessengemeinschaften zusammenzutragen. Anschließend soll über Chancen und Gefahren diskutiert werden, die sich aus dem Einfluss solcher Gruppen auf die Politik ergeben.

Massenmedien als Vierte Gewalt (zu Aufgabe 5)

Massenmedien sind Überbringer von Informationen. Sie geben einerseits Informationen aus der Politik an die Bevölkerung weiter bzw. dienen als Plattform, auf der sich die Politik präsentieren kann, und sind andererseits für die Politik Lieferanten von Informationen, die aus dem Volk kommen (z.B. bei Umfragen). Die Medien ermöglichen die Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung. Deshalb übernehmen die Massenmedien in repräsentativen Demokratien, in denen das Volk seine politische Macht nicht selbst ausübt und auf Zeit an Politiker²³ abtritt, wichtige Aufgaben als Akteur im politischen Alltag. Wegen ihrer besonderen Bedeutung für die politische Kommunikation werden Medien auch als „Vierte Gewalt“ bezeichnet.

Im Arbeitsblatt haben die Jugendlichen die Möglichkeit, ihr eigenes Informationsverhalten zu bestimmen und dieses dann mit dem ihrer Mitschüler²⁴ zu vergleichen. Dabei interessieren die Fragen, wie häufig und ausführlich sie sich über politische Themen informieren und welche Medienformate (Nachrichten, Zeitungen, Internet) sie nutzen.

— Tipp: Informationsverhalten bestimmen

Diese ist eine Aufgabe, die sich auch gut zu einer Umfrage an der gesamten Schule (z.B. im Rahmen eines Projekttag) ausbauen lässt. Weitere Tipps zur Umsetzung finden Sie unter:

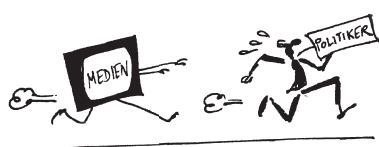
www.bpb.de > Lernen > Multimedia > Forschen mit GrafStat

Zum Schluss

Die Ausformulierung politischer Entscheidungen ist nicht die Aufgabe einzelner Akteure²⁵, sondern – wie dieses Themenblatt zeigt – ein Prozess, an dem eine Vielzahl von Institutionen und Organisationen beteiligt sind. Parteien, Lobbygruppen und Medien haben trotz ihrer Unterschiedlichkeiten eines gemeinsam: Sie alle beeinflussen den politischen Prozess.

Dies kann einerseits dazu führen, dass Entscheidungen manchmal etwas länger dauern. Andererseits wird sichergestellt, dass bei der Ausformulierung der Politik möglichst viele Interessen und Anliegen berücksichtigt werden.

Wer also die Politik angemessen beurteilen will, darf den Blick ins Detail nicht scheuen. Um Aussagen darüber treffen zu können, wie gut oder wie schlecht Politik gemacht wird, sollte sich auch immer mit den jeweiligen Akteuren²⁶ auseinandersetzen. In diesem Themenblatt erhält er²⁷ das nötige Rüstzeug dafür.



— Zu den Aufgaben auf der Kopiervorlage

LEHRERBLATT

05

Das Parteien-Quiz (zu Aufgabe Z1)

Das Lösungswort lautet **Parteiendemokratie**. Abschätzig wird auch der Begriff **Parteienstaat** verwendet, um die besondere Machtposition der Parteien innerhalb eines Staates zu benennen. Dabei wird den Parteien unterstellt, sich nicht für das Gemeinwohl einzusetzen, sondern auf die Umsetzung von Einzelinteressen abzu zielen (↑ Lehrerblatt 03 und unten).

Die Gegenposition zu dieser negativen Sichtweise ist die, dass die Parteiendemokratie als eine rationale Erscheinungsform angesehen wird, die besonders in Flächenstaaten eine effektive Politikgestaltung und Machtausübung ermöglicht.

Lösungen

Frage 1: Die Rolle der Parteien ist in Art. 21 GG geregelt. Art. 1 bekräftigt die Menschenwürde und Art. 79 trifft Aussagen zur Änderung des Grundgesetzes.

Frage 2: CDU, CSU, FDP und die SPD waren seit 1949 immer im Bundestag vertreten. Die PDS wurde Ende 1989 als Nachfolgerin der SED, DIE GRÜNEN wurden 1983 gegründet und 1990 durch Bündnis 90 erweitert. DIE LINKE ist 2007 aus dem Zusammenschluss von PDS und WASG (Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit) hervorgegangen.

Frage 3: An der Spitze einer Partei steht der Vorsitzende. Ein Generalsekretär unterstützt den Vorsitzenden und ist für die politische Arbeit und die Organisation von Wahlkämpfen zuständig. Ein Bundesgeschäftsführer leitet bei manchen Parteien die interne Organisation und Arbeit. Bei einigen Parteien übernimmt er auch die Aufgaben eines Generalsekretärs.

Frage 4: Abgeordnete einer Partei finden sich in einer Fraktion zusammen. In Ausschüssen werden Teilbereiche der Politik bearbeitet und Entscheidungen des Bundestages vorbereitet.

Frage 5: Über Parteienverbote entscheidet das Bundesverfassungsgericht. Der Bundesinnenminister kann einer Partei nahestehende Organisationen verbieten. Der Bundespräsident als deutsches Staatsoberhaupt hat überwiegend repräsentative Aufgaben.

Frage 6: Wahlgrundsätze sind: frei (keine Beeinflussung), gleich (jede Stimme zählt gleich viel), geheim (niemand muss wissen, was man gewählt hat), allgemein (für alle Deutschen ab 18 Jahren) und unmittelbar (direkte Wahl; keine Wahlmänner).

Frage 7: Die Kontrolle der Regierung übernimmt in parlamentarischen Regierungssystemen die Opposition.

Frage 8: Bei der Bundestagswahl hat man immer zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird ein Wahlkreis kandidat gewählt und mit der Zweitstimme die Liste einer Partei.

Frage 9: CDU/CSU und die SPD nennt man Volksparteien, weil sie breitere Wählerschichten ansprechen. In Honoratiorenparteien sind gesellschaftliche Eliten vertreten, und Kaderparteien verfügen über eine straffe Parteiorganisation sowie einflussreiche Funktionäre.

Frage 10: In Deutschland liegt die sogenannte Sperrklausel bei fünf Prozent der Zweitstimmen.

Frage 11: Die Parteien haben kein Recht, die Medien zu kontrollieren und die Pressefreiheit einzuschränken.

Frage 12: Nach Angaben des Bundeswahlleiters traten 2005 insgesamt 25 Parteien zur Bundestagswahl an.

Frage 13: Erste politische Zusammenschlüsse in Deutschland als Vorläufer der modernen Parteien gab es während der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche.

Frage 14: Der Aufbau und das Funktionieren einer Partei müssen demokratisch sein (innerparteiliche Demokratie). Demokratischer Zentralismus ist ein Prinzip sozialistischer/kommunistischer Parteien, bei dem der Führungszirkel die wichtigen Entscheidungen zentral trifft. Föderalismus meint einen bundesstaatlichen Staatsaufbau.

Frage 15: Parteien müssen sich ernsthaft an Wahlen beteiligen. Regelmäßige Parteitage sind eine Form der innerparteilichen Demokratie. Spenden und Mitgliedsbeiträge dienen der Parteienfinanzierung.

Frage 16: Alle Staatsgewalt geht nach Art. 20 Abs. 2 GG vom Volk aus. Sie kommt in Wahlen und Abstimmungen zum Ausdruck und wird durch vom Volk direkt oder indirekt legitimierte Verfassungsorgane ausgeübt.

Frage 17: 1952 wurden die SRP (nationalsozialistisch) und 1956 die KPD (kommunistisch) verboten. Die SED war die Staatspartei in der DDR (Nachfolgepartei: PDS). Die APPD tritt regelmäßig bei Wahlen als Spaßpartei an. Die DBU entstand 1989 in der DDR und trat bei mehreren Wahlen an, wurde aber für die Bundestagswahl 1990 nicht mehr zugelassen. Die NPD sollte wegen ihrer rechtsextremen Ausrichtung verboten werden. Dies scheiterte, weil zahlreiche NPD-Funktionäre als V-Leute für den Verfassungsschutz tätig waren.

Frage 18: Zurzeit beläuft sich die Obergrenze der staatlichen Parteienfinanzierung für alle Parteien auf 133 Mio. Euro.

Merkmale eines Parteienstaates sind:

1. ausdrückliche Erwähnung der Parteien in der Verfassung
2. überwiegend Wahl von Parteien (Parteivertretern) statt von unabhängigen Einzelbewerbern in Gremien
3. Dominanz des politischen Willensbildungsprozesses durch Parteien
4. Abgeordnete und Regierungen richten ihr Handeln nach Parteibeschlüssen aus
5. das politische Personal rekrutiert sich ausschließlich aus den Parteien
6. Durchdringung des öffentlichen Dienstes durch die Parteien
7. Finanzierung der Parteien hauptsächlich durch staatliche Zuweisungen.

Während die Merkmale 1, 2 und 5 auch auf den politischen Prozess in Deutschland zutreffen, werden die restlichen Merkmale gar nicht oder nur teilweise erfüllt.

KOPIERVORLAGE

K01

Z1 Das Parteien-Quiz

A Kreuze bei den folgenden Fragen jeweils die richtige Lösung an (pro Aufgaben eine) und notiere den dazugehörigen Buchstaben im Lösungswort.

B Wenn du das richtige Lösungswort hast, überlege, was mit diesem Begriff gemeint sein könnte.

C Viele der Beispiele und Begriffe aus dem Quiz spielen im politischen Prozess tatsächlich eine Rolle. Suche nach Begriffen, die dir unklar sind und versuche, diese gemeinsam mit deinen Mitschülern zu klären. Zum Beispiel könnt ihr an der Tafel ein Glossar (Übersicht zu den Begriffen mit kurzen Erläuterungen) erstellen.

1 In welchem Artikel des Grundgesetzes ist die Mitwirkung der Parteien geregelt?

- ☐ Art. 21 GG [P]
☐ Art. 1 GG [A]
☐ Art. 79 GG [U]

2 Welche Parteien waren seit der Gründung der Bundesrepublik immer im Bundestag vertreten?

- ☐ DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN [U]
☐ CDU, FDP und PDS [T]
☐ CDU, CSU, FDP und SPD [A]

3 Welche Person steht an der Spitze einer Partei?

- ☐ Generalsekretär [O]
☐ Parteivorsitzender [R]
☐ Bundesgeschäftsführer [A]

4 Wie nennt man den Zusammenschluss von Abgeordneten im Bundestag?

- ☐ Ausschuss [O]
☐ Fraktion [T]
☐ Parlamentsgruppe [S]

5 Wer entscheidet in Deutschland über das Verbot von Parteien?

- ☐ Bundesverfassungsgericht [E]
☐ Bundesinnenminister [P]
☐ Bundespräsident [A]

6 Nach welchen Grundsätzen wird alle vier Jahre der Bundestag gewählt?

- ☐ öffentlich, frei und mittelbar [V]
☐ geheim, indirekt, frei und gleich [P]
☐ frei, gleich, geheim, allgemein und unmittelbar [I]

7 Wie nennt man diejenigen Abgeordneten im Bundestag, die nicht die Regierung stützen?

- ☐ Kontrolleure [N]
☐ Opposition [E]
☐ Wahlverlierer [I]

8 Wie viele Stimmen hat jeder Wähler bei der Bundestagswahl?

- ☐ 1 [F]
☐ 4 [E]
☐ 2 [N]

9 Wie nennt man Parteien, die unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ansprechen und bei Wahlen größere Stimmenanteile erhalten?

- ☐ Volkspartei [D]
☐ Kaderpartei [A]
☐ Honoratiorenpartei [E]

10 Wann wird eine Partei bei Bundestagswahlen bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt?

- ☐ bundesweit weniger als 7 Prozent der Zweitstimmen [U]
☐ bundesweit weniger als 5 Prozent der Zweitstimmen [E]
☐ in 5 Bundesländern weniger als 4 Prozent der Zweitstimmen [A]

11 Was zählt nicht zu den Aufgaben von Parteien?

- ☐ politisches Personal bereit stellen [L]
☐ verschiedene Interessen bündeln und vertreten [F]
☐ Kontrolle der Medien [M]

12 Wie viele Parteien traten zur Bundestagswahl 2005 an?

- ☐ 25 [O]
☐ 30 [A]
☐ 14 [L]

13 Wann bildeten sich in Deutschland erstmals Vorformen der heutigen modernen Parteien?

- ☐ 1848 (Parlament in der Frankfurter Paulskirche) [K]
☐ 1919 (Weimarer Nationalversammlung) [I]
☐ 1871 (Deutscher Reichstag) [E]

14 Wie nennt man das Prinzip, nach dem Parteien aufgebaut und arbeiten müssen?

- ☐ Föderalismus-Prinzip [I]
☐ demokratischer Zentralismus [E]
☐ innerparteiliche Demokratie [R]

15 Was müssen Parteien tun, damit sie auch als solche anerkannt werden?

- ☐ Beteiligung an Wahlen [A]
☐ regelmäßige Parteitage [P]
☐ Einwerben von Spenden und Erheben eines Mitgliederbeitrages [T]

16 Von wem geht laut Grundgesetz (Art. 20) alle Staatsgewalt aus?

- ☐ Abgeordnete [N]
☐ Volk [T]
☐ Parteimitgliedern [O]

17 Welche Parteien wurden seit 1949 in der Bundesrepublik verboten?

- ☐ Sozialistische Reichspartei (SRP) und Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) [I]
☐ Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD) und Deutsche Biertrinker Union (DBU) [N]
☐ Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) und Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) [E]

18 Wie viel finanzielle staatliche Mittel werden jährlich an alle Parteien gezahlt?

- ☐ etwa 300 Mio. Euro [N]
☐ etwa 133 Mio. Euro [E]
☐ etwa 200 Mio. Euro [T]

— Lösungswort:

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18

Akteure in der Politik

von Robby Geyer

ARBEITSBLATT

A

Akteure im politischen Prozess sind nicht nur die Volksvertreter (z.B. im Bundestag oder Stadtrat), sondern gleichzeitig auch Parteien, Interessengruppen oder die Medien.

1 Wer mischt wo mit?

A Welche Organe, Gruppen und Institutionen wirken bei politischen Entscheidungen mit? Welches sind aus deiner Sicht die drei wichtigsten? Gibt es noch andere Akteure? Welche Rolle haben diese im politischen Entscheidungsprozess? Begründe deine Meinung.

- | | | | |
|------------------------------------|--|--|--|
| ☐ Bundestag | ☐ Fernsehen | ☐ Nichtregierungsorganisationen | ☐ Bürgerinitiativen |
| ☐ Bundesrat | ☐ Parteien | ☐ Einzelhandelskette | ☐ Gewerkschaften |
| ☐ Kirchen | ☐ Bundesminister | ☐ Bundesverfassungsgericht | ☐ Bundeskanzler |
| ☐ Presse | ☐ Arbeitgeberverbände | | |
| ☐ Wähler | | | |

steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

— Beispiel: verkaufsoffener Sonntag

Sollte das Ladenschlussgesetz in Deutschland völlig aufgehoben werden? Sollte man täglich 24 Stunden einkaufen können? Oder wenigstens jeden Sonntag tagsüber? Noch bis 1989 gab es strenge Ladenschlusszeiten. In der Regel hatten die Geschäfte von Montag bis Freitag nur bis 18.30 Uhr und am Samstag nur vormittags geöffnet. Eine Ausnahme bildete der „lange Samstag“, der Einkaufen bis 18 Uhr erlaubte. Nach intensiven Auseinandersetzungen, vor allem mit den Gewerkschaften, wurden die Bedingungen nach und nach gelockert. Im Rahmen der Föderalismusreform sind seit 2006 ausschließlich die Bundesländer für die Regelung zuständig. Jedes hat sein eigenes Ladenschlussgesetz mit einer weitestgehenden Freigabe der Öffnungszeiten von Montag bis Samstag. Am Sonntag darf jedoch weiterhin nur an wenigen Tagen im Jahr geöffnet werden.

B Lies das nebenstehende Beispiel zum Ladenschlussgesetz. Fertige eine Liste an: welche Argumente sprechen für, welche gegen eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten? Wer hat dabei welche Interessen?

C Entwirf ein Schaubild, auf dem zu erkennen ist, welche politischen Institutionen den Gesetzgebungsprozess gestalten, welche Akteure den politischen Prozess von außen beeinflussen und welche Akteure und Institutionen Kontrollfunktionen wahrnehmen.

2 Meinungen zur Politik

Alle vier Jahre wird seit 1953 in der „Shell-Studie“ die Situation der Jugendlichen (im Alter zwischen 12 und 25 Jahren) in Deutschland mittels einer repräsentativen Umfrage untersucht. Dabei geht es darum herauszufinden, welche Werte und Normen von den Jugendlichen vertreten werden und welche Meinungen, Hoffnungen und Ängste sie haben. Unten findet ihr zwei Originalfragen aus der Shell-Studie 2006.

A Zu welchen der folgenden Institutionen und Gruppierungen hast du Vertrauen? Verteile Noten zwischen 1 (sehr wenig Vertrauen) und 6 (sehr viel Vertrauen).

— Institutionen/Gruppierungen

- | | |
|-------------------------|--------------------------|
| Gerichte | ☐ |
| Bundesregierung | ☐ |
| Europäische Union (EU) | ☐ |
| Umwelt-/Menschengruppen | ☐ |
| Unternehmerverbände | ☐ |
| Parteien | ☐ |

B Welchen der folgenden Aussagen stimmst du zu, welche lehnt du ab? Verteile Noten zwischen 1 (trifft überhaupt nicht zu) und 6 (trifft voll und ganz zu).

— Aussagen

- | | |
|---|--------------------------|
| 1. Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar. | ☐ |
| 2. Die Politiker sind nur daran interessiert, gewählt zu werden und nicht daran, was die Wähler wirklich wollen. Ich glaube nicht, dass sich die Politiker darum kümmern, was Leute wie ich denken. | ☐ |
| 3. Bei uns gibt es nur wenige Mächtige, alle anderen haben wenig Einfluss darauf, was die Regierung wirklich tut. | ☐ |
| 4. Parteipolitik ödet mich an. | ☐ |

C Vergleicht und diskutiert die Ergebnisse in der Klasse. Um diese besser vergleichen zu können, berechnet die Durchschnittswerte.

ARBEITSBLATT

B

3 Gewaltenteilung

Der Kerngedanke der Gewaltenteilung ist die **Begrenzung, Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht**. Damit soll zum einen eine übermäßige Ausdehnung der Staatsmacht in die Privatsphäre des Einzelnen^z und zum anderen Machtmissbrauch verhindert werden. Doch was bedeutet Gewaltenteilung eigentlich?

A Recherchiere die deutschen Begriffe für die drei Staatsgewalten **Legislative, Exekutive und Judikative** und erkläre sie auf einem separaten Blatt.

B Ordne die folgenden Institutionen und Akteure^z einer der drei Gewalten zu (L = Legislative, E = Exekutive, J = Judikative) und kreuze entsprechend an.

☐ ☐ ☐ Bundespräsident
☐ ☐ ☐ Landesratsamt
☐ ☐ ☐ Landeskriminalamt
☐ ☐ ☐ Stadtrat
☐ ☐ ☐ Bundesverfassungsgericht

☐ ☐ ☐ Oberbürgermeister^z
☐ ☐ ☐ Bundesgerichtshof
☐ ☐ ☐ Bundesanwaltschaft
☐ ☐ ☐ Bundesregierung
☐ ☐ ☐ Oberlandesgericht

☐ ☐ ☐ Bundestag
☐ ☐ ☐ Bundespolizei
☐ ☐ ☐ Landtag
☐ ☐ ☐ Kreistag
☐ ☐ ☐ Bundesrat

4 Lobbyismus

Zu einer Demokratie gehört es, dass die unterschiedlichen Interessen frei geäußert werden dürfen. Dies geschieht durch **Interessenverbände** (Lobbys), die versuchen Einfluss auf die Politik zu nehmen. Daher nennt man sie auch die „fünfte Gewalt“.

A Überlege anhand der Karikatur, wie Lobby-Gruppen die Politik beeinflussen.

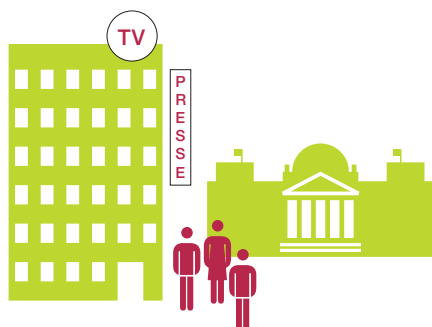
B Versuche einige Beispiele für solche Gruppen zu finden und diskutiere mit deinen Mitschülern^z, welche Chancen und Gefahren im Lobbyismus liegen.

Weitere Infos findest du hier: www.bundestag.de/interakt/registrierteVerbaende.



5 Medien und Politik

Die Medien, oftmals als die „Vierte Gewalt“ bezeichnet, sind Mittler^z zwischen Politik und Bevölkerung. Sie sorgen dafür, dass eine Kommunikation zwischen diesen beiden Gruppen stattfindet. Einerseits berichten die Medien darüber, was in der Politik passiert, welche Entscheidungen getroffen wurden und klären die Bevölkerung darüber auf, wie sich politisches Handeln auswirkt. Dazu gehört auch, dass Politiker^z über die Medien für ihre Vorstellungen werben können. Andererseits dokumentieren die Medien gesellschaftliche Reaktionen in Bezug auf politische Entscheidungen und Handlungen, was eine wichtige Rückmeldung für die Politik ist. Weiterhin liefern sie dem^z Einzelnen **Informationen**, die dieser^z benötigt, um sich seine^z **eigene Meinung** bilden zu können. Und drittens **kontrollieren** die Medien das Handeln der Politiker^z und decken manchmal politische Skandale und Fehlverhalten auf.



A Überprüfe dein eigenes Informationsverhalten und tausche deine Erfahrungen mit deinen Mitschülern^z aus: Wie viel Zeit wendest du täglich und wöchentlich dafür auf, dich über politische Entwicklungen und Zusammenhänge zu informieren? Welche Medienformate (Nachrichtensendung, Zeitung, Internet usw.) nutzt du, um diese Informationen zu bekommen? Informierst du dich ausschließlich über eine Informationsquelle oder nutzt du unterschiedliche? Nenne Beispiele und begründe, warum du dich so verhältst.

B Notiere konkrete Beispiele dafür, wie die Medienberichterstattung möglicherweise deine Meinung beeinflusst hat oder bei welchen Ereignissen du dich gezielt über die Medien informiert hast.

— Weiterführende Hinweise

— Schriften und Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung

Schriftenreihe

Band 514: Die fünfte Gewalt

Thomas Leif / Rudolf Speth, Bonn 2006
— Bestell-Nr. 1.514

Band 540: Das junge Politik-Lexikon

Gerd Schneider / Christiane Toyka-Seid,
Bonn 2008
— Bestell-Nr. 1.540

Band 600: Das politische System Deutschlands

Manfred G. Schmidt, Bonn 2007
— Bestell-Nr. 1.600

Band 640: Handbuch der deutschen Parteien

Frank Decker / Viola Neu (Hrsg.), Bonn 2007
— Bestell-Nr. 1.640

Band 727: Grundgesetz – Bürgerkommentar

Christof Gramm / Stefan Pieper, Bonn 2009
— Bestell-Nr. 1.727

Informationen zur politischen Bildung

Nr. 292: Parteiensystem der

Bundesrepublik Deutschland

— Bestell-Nr. 4.292

Nr. 295: Parlamentarische Demokratie

— Bestell-Nr. 4.295

Nr. 298: Föderalismus in Deutschland

— Bestell-Nr. 4.298

Nr. 253: Interessenverbände

— nur noch online

Nr. 260: Massenmedien

— nur noch online

pocket

pocket politik

4. Auflage 2006

— Bestell-Nr. 2.551

Themenblätter im Unterricht

Nr. 23: Koalieren und Regieren

— Bestell-Nr. 5.373

Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie

— Bestell-Nr. 5.947

Nr. 66: Mitmischen:

Neue Partizipationsformen

— Bestell-Nr. 5.959

Nr. 78: der Bundestag –

Ansichten und Fakten

— Bestell-Nr. 5.971

— Online-Angebot

Zahlen und Fakten

Wahlen in Deutschland

www.bpb.de/werwaehtwas

Dossier

Parteien

www.bpb.de/parteien

— Weitere Literatur

Uwe Andersen / Wichard Woyke (Hrsg.):

Handwörterbuch des politischen Systems

der Bundesrepublik Deutschland

5. Auflage, Bonn 2003

Klaus von Beyme:

Das politische System der Bundesrepublik

Deutschland. Eine Einführung

10. Auflage, VS-Verlag, Wiesbaden 2004

Barbara Pfetsch / Silke Adam (Hrsg.):

Massenmedien als politische Akteure –

Konzepte und Analysen

Wiesbaden 2008

HINWEISE



Wolfgang Rudzio:

Das politische System

der Bundesrepublik Deutschland

7. Auflage, VS-Verlag, Wiesbaden 2006

Manfred G. Schmidt:

Wörterbuch zur Politik

2. Auflage, Stuttgart 2004

— Internetadressen

www.bundesregierung.de

offizielle Homepage der Bundesregierung

www.bundestag.de

offizielle Homepage
des Deutschen Bundestages

www.bundesrat.de

offizielle Homepage
des Deutschen Bundesrates

www.tagesschau.de

Informationsportal der Tagesschau

www.politikundunterricht.de

Homepage der Zeitschrift
Politik und Unterricht

www.heute.de

Informationsportal
der Nachrichtensendung heute

www.mitmischen.de

Jugendportal des Deutschen Bundestages

— bpb-Publikationen für den Unterricht (alle unter www.bpb.de > Publikationen)



Informationen zur
politischen Bildung
(Nr. 292)



Der Bundestag –
Ansichten und Fakten
(Nr. 78)



pocket politik



Hast Du heute schon
was vor?
Das Mitmach-Heft
(Nr. 11)



„früher oder später“
– das Kartenspiel zu
pocket zeitgeschichte
(Bestell-Nr. 1.921;
1,- Euro)

„früher oder später“,
dafür muss sich jeder
Spieler entscheiden,
bevor er seine Karte
ablegt...

61 farbig illustrierte
Spielkarten mit Ereignissen
aus 60 Jahren
deutscher Geschichte.



— Fax-Bestellblatt (03 82 04) 6 62 73

— Versandbedingungen

Im Inland bis 1 kg: kostenlos und portofrei.

1–20 kg: Versandbeitrag von 4,60 Euro per Überweisung nach Erhalt.

Stand: 1. April 2009

An den

IBRo Versandservice GmbH
Kastanienweg 1

18184 Roggentin

Das Bestellblatt kann auch in einem Fensterumschlag
per Post verschickt werden. Bitte ausreichend frankieren!

Lieferanschrift

☐ Schule ☐ Privat

Vorname: _____

Name: _____

Klasse/Kurs: _____

Schule: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift: _____

Themenblätter im Unterricht

- Bestell-Nr. 5.969 Ex. *Wasser – für alle!? (Nr. 76)*
Bestell-Nr. 5.970 Ex. *Armut – hier und weltweit (Nr. 77)*
Bestell-Nr. 5.971 Ex. *Der Bundestag – Ansichten und Fakten (Nr. 78)*
Bestell-Nr. 5.956 Ex. *Akteure in der Politik (Nr. 63; neu 2009)*

weitere Themenblätter (→ Seite 2)

Thema im Unterricht Extra: Arbeitsmappen

- Bestell-Nr. 5.317 Ex. *Grundgesetz für Einsteiger*
Bestell-Nr. 5.399 Ex. *Was heißt hier Demokratie?*
Bestell-Nr. 5.306 Ex. *Europa für Einsteiger*

ab Sommer 2009: Wahlen für Einsteiger

pocket (je 1,- Euro)

- Bestell-Nr. 2.553 Ex. *pocket global*
☐ Bitte senden Sie mir ein kostenloses Musterexemplar
Bestell-Nr. 2.556 Ex. *pocket kultur*
☐ Bitte senden Sie mir ein kostenloses Musterexemplar

— Jedes Jahr im Juni erscheint der neue Timer!

- Bestell-Nr. 2.550 Ex. *Timer (Taschenbuch)*
Bestell-Nr. 2.549 Ex. *Timer (Hardcover)*

Lieferung, solange der Vorrat reicht!

Die Taschenbuchversion

Anzahl	Kosten je Timer
1–3	3,00 Euro (Versand inkl.)
4–49	1,50 Euro*
50–99	1,00 Euro*
ab 100	0,75 Euro*

Die Hardcoverversion

Anzahl	Kosten je Timer
1–3	5,00 Euro (Versand inkl.)
4–49	3,00 Euro*
50–99	2,00 Euro*
ab 100	1,50 Euro*

* Je angefangene 20 kg Versandgewicht zuzüglich 4,60 Euro Versandpauschale.
Der Timer wiegt ca. 240 g (Taschenbuch), bzw. 330 g (Hardcover)

Spiel (je 1,- Euro)

„früher oder später“ – das Kartenspiel zu pocket zeitgeschichte
Bestell-Nr. 1.921 Ex. „früher oder später“